

Csaba Sasfi

Die politische Wende und die Geschichtswissenschaften in Ungarn

Im Frühling dieses Jahres haben in Ungarn das erste Mal seit vier Jahrzehnten freie Wahlen stattgefunden. In der neuen politischen Führung finden sich zahlreiche Intellektuelle und Universitätsangehörige. Geschichtswissenschaftler nehmen dabei eine besondere Rolle ein. So sind viele der demokratisch gewählten Vertreter der neuen ungarischen Führungselite, wie zum Beispiel der Parlamentspräsident und der Premierminister, der Außenminister und der Verteidigungsminister sowie der Fraktionsvorsitzende der größten Oppositionspartei Historiker, die bis zuletzt in ihrem Fach gearbeitet haben.

Eine naheliegende Erklärung dafür, daß einige der neuen Politiker Historiker sind, wäre, daß das historische Wissen im gegenwärtigen Emanzipationsprozeß Ungarns von einem Satellitenstaat der UdSSR zu einem unabhängigen Staat eine beachtliche Rolle spielt. Der oft zitierte Satz, daß ein Strukturwandel dieser Tragweite vor allem historischer Fachkenntnisse und differenzierter Sichtweisen bedarf, scheint sich aber nicht zu bewahrheiten. In Ungarn griff

man in den letzten Jahren immer dann auf historisches Wissen zurück, wenn es entweder um einen direkten politischen Bezug (1956, Trianon, Siebenbürgen, das europäische Pannonien und die zurückgebliebene Tiefebene etc.) ging oder um historische Symbole – etwa ob das neue Staatswappen nun die Stephanskronen tragen solle oder nicht – gestritten wurde. Viel eher erscheint mir die neue Rolle der Historiker in der Politik ein Beweis, daß ausgerechnet die Geschichtswissenschaft der Sublimierung politischer Ambitionen gedient hat.

Wissenschaftliche Betrachtungsweisen der Vergangenheit kommen am ehesten bei der Verarbeitung der letzten vier Jahrzehnte zur Geltung. So setzt etwa die Rehabilitierung der Opfer des alten Systems (Kriegsgefangene, Internierte, ehemalige Angeklagte von Schauprozessen etc.) eine Enttabuisierung der Geschichte voraus. Die Aufdeckung vieler verschwiegener und geheim gehaltener historischer Fakten und Entwicklungen kann als der Anfang der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Geschichte gelten. 30 bis 40 Jahre

lang tabuisierte Tatsachen werden heute – dank der Flexibilität des Buchmarktes – wieder öffentlich thematisiert. Mit der Herausgabe der Memoiren von Nikolaus Horthy scheint dieser Prozeß vorerst einen Höhepunkt erreicht zu haben. Daneben findet man auf dem Buchmarkt ein umfangreiches Angebot an historischen Werken, die zwar einem strengen wissenschaftlichen Blick nicht standhalten, aber mit dem Interesse eines breiten Leserpublikums rechnen können. Ein Großteil der Intellektuellen ist dennoch unzufrieden. Die Wende erfüllt ihre Erwartungen nur ungenügend. Früher gab es zwar kaum Möglichkeiten, die Dogmen des sowjetischen Marxismus zu leugnen, es wurde jedoch vorsichtig versucht, ihnen ein alternatives Werte- und Normensystem entgegen zu halten, das sich vom Begriff des Gattungswesens der Marxschen Frühschriften, wie er von der voroppositionellen Lukács-Schule vertreten wurde, bis zu einer häufig rein formal-positivistischen Geschichtsauffassung erstrecken durfte. Bewegte man sich in diesem Rahmen, hatte man in den letzten 10 bis 15 Jahren gute Veröffentlichungschancen. Wer jedoch weitergehendere politische Ziele verfolgte, war zu einem endlosen Versteckspiel mit der Zensur gezwungen, oder er landete früher oder später in der „zweiten Öffentlichkeit“.

Die Identität der Intellektuellen stützte sich auf ihre Rolle als Oppositionelle, Reformier oder „wissenschaftliche Sachverständige“. Den Wert ihrer wissenschaftlichen Arbeit konnten sie jedoch nicht überprüfen. Dazu fehlte sowohl

das kritische Publikum als auch das wissenschaftliche Echo. Das Gros dieser Intellektuellen suchte daher die Qualität ihrer Leistungen in der ideologisch-politischen Dimension einzuschätzen. Erst durch die veränderten Ansprüche des Publikums in den letzten zwei bis drei Jahren geriet die Identität der ungarischen Intellektuellen, vor allem der Geisteswissenschaftler, in die Krise.

Die Abschaffung politischer und ideologischer Monopole zwingt die Intellektuellen heute, ihre veränderte gesellschaftliche Rolle neu zu überdenken. Vielen von ihnen hat diese Öffnung ermöglicht, politisch tätig zu werden, einige haben in kurzer Zeit sogar Karriere gemacht. Bisher kann man aber noch nicht abschätzen, wer wirklich Berufspolitiker werden, und wer zu seinem ursprünglichen Betätigungsfeld zurückkehren wird. Jene, die bei ihrem Beruf bleiben werden, sehen sich zwei grundlegenden Problemen gegenüber. Einem existenziellen Problem: Ungarn liegt, was seine wissenschaftlichen Leistungen sowie deren materielle Voraussetzungen betrifft, weit hinter dem internationalen Standard zurück.

Das zweite Problem gründet in den zwei traditionellen Rollen der Intelligenz in Ungarn: einerseits allgemeine Normen, Werte und Maßstäbe zu formulieren und über deren Richtigkeit nach eigenem Ermessen, aber dennoch zumeist auf der Grundlage politischer und historischer Transzendenz zu entscheiden, andererseits das bestehende Normensystem in Zweifel zu ziehen und offene Kritik zu äußern. Beide Rollen

sind nicht so unabhängig voneinander, wie es scheint.

Das Problem des mangelnden wissenschaftlichen Niveaus wird in absehbarer Zeit nicht zu lösen sein. Im internationalen Vergleich läßt vor allem der Grad der Professionalisierung und Institutionalisierung zu wünschen übrig. Zur Beseitigung oder zur Minderung dieses Rückstandes fehlt jedoch das Geld. Die Budgetmittel sind heute nicht nur bescheidener als früher, sie werden auch nach wie vor für die gleichen (schlechten) Projekte mit der gleichen (In-)Effektivität eingesetzt. Viele dieser Probleme gelten auch für die Natur- und angewandten Wissenschaften. Diese scheinen allerdings besser imstande zu sein, ihre gesellschaftliche Nützlichkeit zu behaupten. Das Problem weist Analogien mit der Privatisierung der Wirtschaft auf. Auch wenn damit nicht gesagt sein soll, daß der westliche Weg der Durchkapitalisierung und Taylorisierung der Kopfarbeit der einzig mögliche ist, bleibt doch festzuhalten, daß in Ungarn die mit zu großer Belegschaft arbeitenden Geisteswissenschaften im Verhältnis zu dem, was sie an Kosten verursachen, zu wenig produzieren. Ihre Organisationsstruktur müßte gründlich umgekrempelt werden.

Gesellschaft und neuer Staat scheinen auf die Geisteswissenschaften nur wenig Wert zu legen. Von den mobilisierbaren finanziellen Ressourcen wird ohnedies nur ein geringer Teil in die „wirtschaftlich unproduktiven Bereiche“ investiert, und wenn, so gehen Sozialpolitik, Gesundheitswesen und Bil-

dungswesen der Wissenschaft vor. In einer Zeit der finanziellen Restriktionen schmerzt das Elend der Wissenschaften scheinbar nur die Betroffenen. Nur noch selten wird die Erkenntnis geäußert, Forschung und Unterricht würden sich mittel- und langfristig auf die Erhöhung des Nationaleinkommens positiv auswirken. Angesichts der materiellen Voraussetzungen der gegenwärtigen Übergangsperiode scheint die Umsetzung dieses Diktums ohnedies kaum einlösbar. Viel wichtiger ist daher die Eigeninitiative der Wissenschaftler/innen – internationale Zusammenarbeit, Aktivierung nichtstaatlicher Geldquellen etc. –, um zumindest den jetzigen Standard aufrechterhalten zu können.

Im neuen Ungarn werden die Intellektuellen von außen her in ihrer Existenz bedroht. Sie müssen damit rechnen, erdrutschartig ihr Image zu verlieren, was auch gravierende Auswirkungen auf ihre Berufsperspektive hätte. Andererseits erfahren sie auch eine innere Krise: Sie müssen – oft aus existentieller Not – nach neuen Aufgabengebieten Ausschau halten (Lokal- und Bundespolitik, Durchsetzung am freien Markt etc.). Sie müssen also ihre eigene Wende durchmachen, eine Wende, die wie es scheint, langwieriger und schwieriger wird, als die des Landes. Dazu erschiene es mir notwendig, eine Art Interessensvertretung zu gründen, welche den Ergebnissen und Leistungen zu vermehrter gesellschaftlicher Akzeptanz verhelfen und sie dem „Verbraucher“ näherbringen könnte. Ein erster Schritt in diese Rich-

tung ist bereits erfolgt: Neben den alten Gewerkschaften haben auch die Akademiker eine neue „unabhängige“ Gewerkschaft gegründet. Leider begnügt sich diese Interessensvertretung jedoch mit den traditionellen gewerkschaftlichen Methoden und Vorstellungen über die Rolle von Intellektuellen.

Die Rolle der Geschichtswissenschaften im Prozeß des Systemwandels unterscheidet sich insofern nicht wesentlich von der anderer Wissenschaften, als keine von ihnen den raschen Zusammenbruch des westlichen Teils des sowjetischen Imperiums vorherzusagen vermochte. Es ist in Ungarn eine heiß diskutierte Frage, ob dies überhaupt möglich gewesen wäre und ob den Geschichtswissenschaften als „Lehrmeister des Lebens“ das Versagen stärker zur Last gelegt werden kann als anderen Wissenschaften. In Wirklichkeit hätten die Wissenschaften natürlich die Ereignisse der letzten zehn Jahre wesentlich besser abschätzen können, wenn detailliertere und qualitativ bessere Informationen aus der Sowjetunion zur Verfügung gestanden wären. Der wesentlichste Punkt allerdings ist die Durch- und Überpolitisiertheit der Gesellschaftswissenschaften, in deren logischer Ordnung für die Wahrnehmung einer solchen Entwicklung kein Platz war.

Ende der 1960er Jahre ließen sich die Sozialwissenschaften von den Möglichkeiten der inneren Erneuerung und der angekündigten Wirtschaftsreform in den Bann ziehen. Bis auf wenige voneinander isolierte Forscherinnen und For-

scher versuchte niemand, die geltenden Gesetze, die gesellschaftlichen Lebensbedingungen und die institutionellen Strukturen Ungarns empirisch zu untersuchen. Einzelne Probleme wurden zwar unter die Lupe genommen – manchmal sogar mit neuen Methoden und einem breiten empirischen Material – sie konnten jedoch nicht zu einem Gesellschaftsbild zusammengefügt werden, das den Anspruch erheben konnte, unabhängig von politischen Ideologien entstanden zu sein. In der Folge verging ein Jahrzehnt, ohne daß die Hoffnungen auf innere Reformen erfüllt wurden. Erst die Ereignisse in Polen 1980–1981 brachten jene gravierenden Änderungen innerhalb der ungarischen Opposition mit sich, in deren Folge immer mehr Detailanalysen und Aufsätze über die „weißen Flecken“ der nahen Vergangenheit legal oder illegal an die Öffentlichkeit gebracht wurden.

Die Geschichtswissenschaften spielten in der politischen Vorgeschichte der jetzigen Umwälzungen im Vergleich zur Ökonomie und zur Soziologie eine gemäßigtere oppositionelle Rolle. Sowohl sachlich als auch ideologisch kann man zwei Richtungen unterscheiden: Eine Richtung wertete in Opposition zum Internationalismus des historischen Materialismus die nationale Geschichtsschreibung auf und dachte sie weiter (Mohács-Diskussion, „Zweifache Landeseroberung“, Siebenbürgen, Bewertung der Jahreswenden, Ungarn in Europa etc.). Ihr Höhepunkt war die Herausgabe der Geschichte Siebenbürgens. Diese Art

von Geschichtsschreibung konzentrierte sich auf die Herstellung „nationaler Kontinuität“ und die Beschreibung nationaler Eigenheiten. Die Fragestellungen und Methoden waren jedoch nicht auf dem aktuellen Stand der internationalen Wissenschaften. Die andere Richtung erweiterte ihren Horizont auf die Rolle und die Bedeutung Ungarns innerhalb der europäischen Entwicklung. Auf der Suche nach einem Ausweg aus der historischen Sackgasse der Gegenwart entdeckte man Gemeinsamkeiten mit anderen europäischen Ländern und entwarf ein Entwicklungsmodell Ungarns, das der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaften Westeuropas ähnlich war.

Anfang der 1980er Jahre entschieden sich verschiedene Forscher und Forscherinnen für die Erforschung der „Geschichte von unten“. Diese Perspektive bestimmte auch jene Arbeiten aus dem Bereich der Alltagsgeschichte, die mit statistischem Material arbeiteten. Hinzu kamen soziographische Filme. Diese Arbeiten gelangten nur schrittweise an die Öffentlichkeit. Da dieser Ansatz für die Analyse der menschlichen Beziehungen in der Gegenwart große Bedeutung hat, ist er auch für die Geschichtsschreibung des Systemwechsels von großer Wichtigkeit.

Ein differenziertes historisches Gesellschaftsbild fehlt jedoch noch immer. Die sozialgeschichtlichen und soziologischen Erkenntnisse können nur schwer begrifflich zugeordnet bzw. umgewertet werden. Zahlreiche historische Reliquien kommen immer wieder ans Tageslicht,

es fehlt jedoch die historische Reflexion, um sie kritisch wahrnehmen zu können. So sehnt man sich ringsum nach dem „ruhigen und starken Europa“, reflektiert jedoch nur selten, daß damit in erster Linie westeuropäischer Konsum gemeint ist. Auch die Begriffe „bürgerliche Gesellschaft“ (civil society) und „bürgerliche Entwicklung“ werden verwendet, ohne in Betracht zu ziehen, daß ihre wahre Bedeutung eine historische ist.

In den letzten zwei Jahrzehnten waren Opposition und Sozialwissenschaft meist personell ident. Heute ist es an der Zeit, eine Trennung von politischer Opposition und wissenschaftlicher Reflexion zu verlangen. Die Ziele der ehemaligen Opposition sind in Erfüllung gegangen. Damit ist es erforderlich, die Aufgaben wieder unabhängig voneinander zu definieren. In diesen Tagen müßten die Historiker und Historikerinnen Ungarns die sozialgeschichtliche Richtung stärker forcieren. Dadurch könnte ein Gesellschaftsbild entstehen, das die Analyse der immer chaotischer wirkenden ungarischen Gesellschaft erleichtern würde. Auch wenn die stärkste Tradition der ungarischen Geschichtsschreibung auf einer national-idealistischen Betrachtungsweise beruht, könnten die Spuren anderer Richtungen – des Positivismus des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts, der Geistesgeschichte der Zwischenkriegszeit und der Sozialgeschichte der letzten Jahre – das Fundament für einen Neuanfang bilden. Neben besseren theoretischen und methodischen Fun-

dierungen zukünftiger historischer Arbeiten wäre die wichtigste Aufgabe zur Zeit die kritische Erschließung, Ordnung und Veröffentlichung historischer Quellen. Das setzt jedoch die Professionalisierung intellektueller und universitärer Berufe sowie die Schaffung effektiver institutioneller Rahmenbedingungen voraus. Denn: Die voneinander isolierten „Einmann-Lebenswerke“ und „Mönchsexistenzen“ werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht für ein Überleben des wissenschaftlichen Betriebes ausreichen.

Die Frage ist, aus welchen finanziellen Quellen die Kosten der Entwicklung professioneller Arbeitsbedingungen in den Geschichtswissenschaften und hier besonders der arbeitsaufwendigen Sozialgeschichte gedeckt werden können. Hier scheint in der momentanen Lage Ungarns nur ein Weg gangbar zu sein: Eine solide Forschungsarbeit, die durch Interessenvertretungen nach außen getragen wird und die die Ergebnisse und Erfolge im übertragenen Sinn als Teil der „nationalen Gesamtproduktion“ begreiflich zu machen versteht. Dazu müßte man jedoch die Interessen der „Anwender“ besser kennen und ihren Ansprüchen entgegenkommen. Eine solche unmittelbare Anwendungsfunktion wäre etwa der schulische Unterricht. Neben dem enzyklopädischen Unterricht könnte sich ein neues Fach etablieren, das die sozialen Subjekte in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Gerade für eine Pädagogik, welche die kognitiven Fähigkeiten und das selbständige Denken der

Schüler fördern möchte, böte die Sozialgeschichte viele Ansatzpunkte. Andere „Anwender“ wären etwa die Sozialwissenschaften. Weitere Interessentengruppen könnten die Gemeinden, regionale kulturelle oder politische Gruppen sein, die zu ihrer Reorganisation historisch fundiertes Wissen benötigen. Damit könnte gewährleistet werden, daß historisches Wissen die gesellschaftspolitischen Entscheidungsprozesse der Gegenwart orientiert.

Zukünftige Generationen von Historikern und Historikerinnen werden bessere Chancen haben, sich theoretisches und methodisches Wissen auch in ausländischen Universitäten und Bildungseinrichtungen zu erwerben. Aber wie und ob diese Qualifikationen in Ungarn anwendbar sein werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen.

Aus dem Ungarischen
von Ilona Nagy